

Thema

Der Helferwille blieb. Die Fürsorge für Soldaten im Ersten Weltkrieg geht auf eine Basler Idee zurück. Ein Militärgeschichtler blickt zurück. **Seite 2**

Schweiz

Eigene «Arena». Der Gewerbeverband sendet eine eigene Politdiskussion zur No-Billag-Initiative. Neue Erkenntnisse bringt die Sendung kaum. **Seite 6**

International

Sexpartys in Haiti. Penny Lawrence, Oxfam-Vizechefin in Grossbritannien, tritt nach dem Sexskandal in der Hilfsorganisation zurück. **Seite 7**

Wirtschaft

Alte Schule. Jon Meade Huntsman, Patron des Chemiekonzerns mit Basler Basis, ist gestorben. **Seite 9**

Marktbeherrscher. Fernbus-Unternehmen FlixBus kontrolliert 94 Prozent des deutschen Marktes. **Seite 10**

Kultur

Korrekturprogramm. Der sogenannte Auto-Tune-Effekt bestimmt seit zwanzig Jahren den Sound der Popmusik – dank Chers Hit «Believe». **Seite 13**

Basel

Rückzieher. Rudolf Rechsteiner entschuldigt sich nach seiner harschen Kritik an Silvia Schenker. **Seite 21**

Durchgebrannt. Ein Unfall am Kölner Karneval verleiht Chaisen-Gegnern an der Fasnacht Rückenwind. **Seite 23**

Erheiternd. Die Schnitzelbänggler in Laufen drehseln witzige Verse vom Feinsten. **Seite 24**

Reisen



Stress-Pause. Die pure Lust am Skifahren – St. Moritz und das Oberengadin bieten mehr als Champagner, Nerz und fette Autos. **Seite 27**

Wetter

Kalt und sonnig. Nach einer kalten Nacht mit minus 4 Grad löst sich der Morgennebel rasch auf und die Sonne setzt sich bei 3 Grad durch. **Seite 30**



Psychiatrie bündelt Kräfte

Baselbieter führen Standorte in Binningen zusammen

Binningen. Die Psychiatrie Baselland hebt ihre Standorte in Münchenstein sowie einen Grossteil des Ambulatoriums Bruderholz auf und eröffnet in Binningen eine neue Tagesklinik und Ambulatorien für Kinder-, Jugend- und Erwachsenenpsychiatrie.

Laut CEO Hans-Peter Ulmann sind die sanierungsbedürftigen Gebäude an den bestehenden Standorten der Hauptgrund für den Umzug. Ausserdem will man mit dem Zusammenschluss Synergien nutzen.

Der geplante, aber wegen Einsparungen verzögerte Neubau für stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie in Liestal sei vom Umzug nicht betroffen. «Die Zustände im bestehenden Gebäude in Liestal sind bedenklich. Ein Neubau ist dort nach wie vor dringend nötig», betont Ulmann. **lg Seite 24**

Der England-Schreck als Aussenseiter

Champions League: Dem FC Basel wird gegen Manchester City nichts zugetraut



«Wir müssen gut vorbereitet sein.» Startrainer Pep Guardiola während der gestrigen Pressekonferenz im Basler St.-Jakob-Park. Foto Keystone

Von Marcel Rohr

Basel. Luft anhalten, Bauch einziehen, Fäuste ballen: Heute wartet auf alle Fans ein grosser Fussballabend. Im Achtelfinal-Hinspiel der Champions League tritt der FC Basel zu Hause gegen Manchester City an (20.45 Uhr, SRF 2).

Selten in den letzten Jahren waren die Basler derart krasser Aussenseiter wie heute. Die «Sky Blues» (Himmelblauen) aus Manchester gelten momentan als eine der weltbesten Mannschaften. Die heimische Premier League führen sie mit 16 Punkten Vorsprung

an. Allein in dieser Saison hat Startrainer Pep Guardiola seine Elf für rund 315 Millionen Euro aufgerüstet.

Die ganze Prominenz geschlagen

Der FC Basel dagegen musste in der Winterpause die Abgänge von Renato Steffen und Manuel Akanji verkraften. Beim Start ins neue Jahr wusste der Schweizer Serienmeister nicht zu überzeugen. In Europa dagegen genieszen die Basler den Ruf des England-Schrecks; immer wieder gelangen ihnen in den letzten Jahren grossartige Siege und magische Momente. Liverpool, Tot-

tenham, Chelsea, zuletzt auch Manchester United – die ganze britische Prominenz wurde im St.-Jakob-Park schon bezwungen.

Nach 2012 und 2015 stehen die Rotblauen zum dritten Mal in ihrer Geschichte in den Achtelfinals der Königsklasse. Gegen Bayern München (1:0, 0:7) und Porto (1:1, 0:4) blieben die Basler letztlich ohne Chance. Im Normalfall dürfte das auch heute wieder so sein, doch gerade im eigenen Stadion ist der FCB immer wieder über sich hinausgewachsen. Bis auf ein paar Hundert Tickets ist der St.-Jakob-Park aus-

verkauft, über 36000 Zuschauer werden erwartet. «Ich habe als Trainer gelernt, dass die Champions League ein spezieller Wettbewerb ist und dass man gegen jeden Gegner gleich gut vorbereitet sein muss», sagt City-Trainer Pep Guardiola. Arroganz war beim Katalanen gestern keine auszumachen. FCB-Trainer Raphael Wicky sagt: «Wir brauchen den perfekten Abend. Alles muss zusammenpassen, damit wir ein gutes Resultat erreichen.»

Praktisch alle Beobachter trauen dem FCB nichts zu. Das ist wohl seine Chance. **Seiten 34–36**

Schwarze Serie

Die bundesnahen Betriebe Post, Swisscom, SBB und Ruag reihen Pleite an Panne

Bern. Die Schweizer liebten das Postauto, weil sie fanden, es sei wie ihr Land: unprätentiös und zuverlässig. Die gelben Busse befördern Passagiere in die entlegensten Täler des Landes, bei Schnee und Eis, zu vernünftigen Preisen. Wie aber diese Preise zustande kommen, wie die Postauto AG im Detail kalkuliert – das ist seit einer Woche das meistdiskutierte Thema der Schweiz.

Bekannt ist, dass die Postauto AG über Jahre unrechtmässige Gewinne versteckte und Subventionen erschlich.

Was immer die weiteren Untersuchungen ergeben werden: Eine Ikone der modernen Schweiz, ein Symbol des nationalen Zusammenhalts wird das Postauto auf absehbare Zeit nicht mehr sein.

Datendiebstahl und Fehleinkauf

Aber nicht nur die Post, auch andere bundesnahe Betriebe wie Swisscom, SBB oder Ruag kämpfen mit kleinen bis grossen Problemen. Die Swisscom startete mit diversen Netzunterbrüchen in das neue Jahr, ehe sie vergangene

Woche bekannt geben musste, dass ihr Daten von 800 000 Kunden abhandengekommen sind. Ähnliche Erfahrungen hatte die Ruag vor zwei Jahren gemacht, als Hacker im grossen Stil sensibles Material entwendeten. Die SBB wiederum machten Schlagzeilen, weil sie Züge bestellt hatten, die nicht behindertengerecht sind.

Es ist nur eine kleine Auswahl an Pleiten und Pannen. Die *BaZ* hat die Baustellen der bundeseigenen Betriebe besichtigt. **ebn Seite 3**

Interesse an Twint ist mager

Handybezahl-App stösst auf mangelnde Akzeptanz

Zürich. Schnell per Handy bezahlen: Was nach einer simplen Lösung klingt, lässt sich im Alltag nicht so einfach umsetzen. Das Handybezahl-App Twint wies am Markt bisher wenig Durchschlagskraft auf. Immerhin: Es nimmt an Fahrt auf, beteiligen sich inzwischen doch 65 Banken am Netzwerk. Jede Woche kommen laut Twint-CEO Thierry Kneissler 15 000 Neukunden dazu, insgesamt haben sich 670 000 Personen beim App registriert. Indes: Die Zahl der Transaktionen bleibt mit wöchentlich 160 000 bescheiden.

Viele Schweizer haben die Twint-App ihrer Bank zwar heruntergeladen und ihr Konto hinterlegt, aber sie bevorzugen nach wie vor Bargeld, Debit- oder Kreditkarten. Mit ein Grund für die Zurückhaltung: Die Zahlung mit Twint ist deutlich langsamer. **che Seite 9**

Basel tut sich schwer mit Solaranlagen

Laut Studie behindert Gesetzgebung den Ausbau

Von Martin Regenass

Basel. Der Kanton Basel-Stadt präsentiert sich gerne als Schweizer Vorzeigekanton auf dem Feld der erneuerbaren Energien. Wie eine Studie der Energieberatungsfirma Renewables-Now in Pruntrut nun zeigt, stimmt das für den Zubau von Solaranlagen zur Stromerzeugung nicht. Nach Berechnungen des Unternehmens liegt die installierte Leistung pro Einwohner im Stadtkanton für das Jahr 2014 unter dem schweizerischen Durchschnitt. Laut Renewables-Now generierte Basel-Stadt damals eine solare Stromleistung von 98 Watt pro Einwohner – der Schweizer Durchschnitt lag bei 134 Watt pro Kopf.

Bezogen auf den jährlichen Stromverbrauch liegt die Produktion mittels

Solarpanels in Basel-Stadt unter einem Prozent. Da die Wasserkraft in Basel ausgeschöpft und die Windenergie wegen der Lärmemissionen in der Stadt kaum einsetzbar ist, ist gemäss der Studie die Solarenergie die einzige Quelle, um lokal einen Zuwachs bei der Stromproduktion zu erzielen.

Kleinproduzenten nicht gefragt

Die Studie «Klimaschutz in dem kantonalen Stromversorgungsgesetz Basel-Stadt» kommt zum Schluss, dass die Gesetzgebung im Stadtkanton hinderlich sei, die Stromgewinnung mittels Solarzellen auszubauen. So hätten beispielsweise die Industriellen Werke Basel (IWB) kein Interesse daran, dass Hauseigentümer auch als Kleinproduzenten agierten. **Seite 19**

Erste Medaille für die Schweiz

Curler spielen heute um Gold

Pyeongchang. Ausgerechnet dem gemischten Curling-Doppel, einer Kategorie, die ihre olympische Premiere feiert, war es gestern vergönnt, die erste Medaille für die Schweiz zu gewinnen. Welche Farbe diese hat, wird sich heute Mittag entscheiden – wenn die Schweiz auf Kanada trifft.

Wenig zu berichten gibt es weiterhin über Skirennen: Auch der Riesenslalom der Frauen musste wegen Wind abgesagt werden. **sb Seiten 32, 33**

SRG-Spitze gegen Auftritt

Gilles Marchand und Pascal Crittin lehnen Debatte ab

Bern. SRG-Direktor Gilles Marchand und RTS-Chef Pascal Crittin zeigen Bundesbern die kalte Schulter. Sie lehnen die Teilnahme an einer Debatte über die SRG zwei Tage nach dem Abstimmungssonntag ab. Es sei dann noch zu früh für eine Diskussion. Dies bestätigt auch SRG-Sprecher Edi Estermann auf Anfrage der *BaZ*.

Am 6. März, zwei Tage nach der Entscheidung über die No-Billag-Initiative hätten Marchand oder Crittin auf einem Podium zum Thema «Wie weiter mit der SRG» auftreten sollen. Ihre Ablehnung nährt den Verdacht, die Ankündigung, nach einer Ablehnung von No Billag endlich die 2015 versprochene Debatte über den Service public zu führen und Reformen für die SRG aufzugleisen, sei vor allem abstimmungstaktischer Natur. **fi Seite 4**

Frage des Tages

Sollte der Zubau von Solarzellen in Basel beschleunigt werden?

Eine Studie von Stephan Volkwein besagt, dass vor allem die kantonale Gesetzgebung dem Zubau hinderlich ist. www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Ist Basel Behinderten gegenüber rollstuhlfreundlich?



Zubau von Solarzellen stockt im Vorzeigekanton

Gesetzgebung verhindert laut Studie effizienten Ausbau von Anlagen zur Stromerzeugung auf Dächern

Von Martin Regenass

Basel. Mit Pauken und Trompeten kündigte SP-Umweltminister Christoph Brutschin im Dezember 2011 das erste Solarkataster der Schweiz an. Mithilfe dieser kantonalen Webseite können Hauseigentümer abschätzen, wie gut sich ihr Dach für die Gewinnung von Strom aus Solarzellen eignet. Während die Solarförderung in anderen Kantonen harze, stelle Basel-Stadt zahlreiche Fördermittel zur Verfügung, so der Tenor während der Präsentation. Brutschin damals: «Es gab Volksabstimmungen, Gesetze, Verfassungsinitiativen, uns auf diesen Weg zu bringen. Nun müssen wir unseren Teil dazu beitragen, dass sich Rhythmus und Frequenz für die Energiewende erhöhen.»

Mehr als sechs Jahre später dürfte sich bei Brutschin Ernüchterung eingestellt haben. Denn im Zuge dieses Solarkatasters hatte Brutschins Amt für Umwelt und Energie (AUE) auch 450 Basler Hauseigentümer angeschrieben, deren Dächer besonders gut in der Sonne liegen und sich gut für die Stromproduktion eignen. Trotz den verschiedenen Fördermassnahmen haben bis heute gemäss AUE nur 36 der 450 angeschriebenen Hauseigentümer eine Solaranlage gebaut. Damit weist die Aktion, die Basel-Stadt zum «Solar-kraftwerk» machen sollte, eine Erfolgsquote von weniger als zehn Prozent auf. Ziel war es, rund fünf Prozent des jährlichen Basler Strombedarfs auf hiesigen Dachanlagen herzustellen. Heute decken die Solaranlagen gemäss den Industriellen Werken Basel (IWB) ein Prozent des jährlichen Stromverbrauchs ab.

IWB verweigern Zahlen

Genaue Zahlen zur in Basel-Stadt produzierten Solarenergie zu erhalten, gestaltet sich schwierig. So ist die auf den Dächern installierte Leistung beim AUE nicht erhältlich. Das Amt verweist an die IWB. Aber auch der staatliche Energieversorger antwortet auf Anfrage abschlägig. Weshalb das so ist, muss Spekulation bleiben. Vielleicht platzt bei einer Überprüfung der Zahlen zum Zubau der Traum vom «Solar-kraftwerk» Basel wie eine Seifenblase in der Luft.

Dass dem so sein könnte, zeigt ein Vergleich zwischen den Kantonen. So hinkt Basel-Stadt bei der Pro-Kopf-Leistung von installierter Solarenergie anderen Kantonen hinterher. Nimmt man die Leistung der Anlagen, die 2016 Beiträge von der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) des Bundes erhielten, produzierten die Anlagen im Kanton Basel-Stadt 27 Watt pro Ein-



Weniger Sonnenkraft. Die installierte Leistung von Panels liegt in Basel unter dem Schweizer Schnitt. Foto Henry Muchenberger

wohner. Mit anderen Worten: Jeder Basler kann bei maximalem Sonnenschein eine Lampe mit der Stärke einer 27-Watt-Birne leuchten lassen. Die Baselbieter bringen es pro Kopf hingegen auf 50 Watt, die Aargauer produzieren gemäss KEV-Statistik gar 63 Watt. In den KEV-Zahlen sind allerdings Anlagen, die von den IWB mit einer eigenen kantonalen Einspeisevergütung subventioniert sind, nicht miteingerechnet. Die Leistung in Basel-Stadt dürfte demnach etwas höher liegen.

Dem ist denn auch so, wie eine Zahl aus dem Jahr 2016 des Statistischen Amtes belegt, die auf Grundlagen der IWB fusst. Demnach soll die Leistung der 600 Solaranlagen auf Kantonsgebiet bei 64 Watt pro Einwohner liegen.

Gar noch mehr Pro-Kopf-Leistung errechnet hat Stephan Volkwein, Mitarbeiter der Energie-Beratungsfirma Renewables-Now in Pruntrut. Volkwein hat kürzlich eine Studie unter dem Namen «Klimaschutz in dem kantonalen Stromversorgergesetz Basel-Stadt» publiziert. Darin errechnete Volkwein für das 2014 eine Pro-Kopf-Leistung in Basel-Stadt von 98 Watt. Die Daten

dafür stammten aus mehreren Quellen. Abgleichen mit offiziellen Daten von AUE und IWB lassen sie sich nicht.

Gemäss der Studie liegt Basel-Stadt 2014 allerdings auch hinter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Volkwein geht von einer Pro-Kopf-Leistung in der Schweiz von 134 Watt aus. Und im Vergleich zu Liechtenstein oder Deutschland erwirtschaftet Basel-Stadt rund fünfmal weniger Leistung. In den beiden Ländern können die Einwohner, falls die Sonne scheint, pro Kopf bereits Wasser in einem kleinen Kocher mit einer Leistung von 500 Watt erhitzen.

Unsicherheit für Investoren

Bei seiner Revision des Energiegesetzes Mitte 2008 liess die Basler Regierung verlauten, dass sie ihrer «Pionierrolle» gerecht werden und weiterhin einen Spitzenplatz unter den Kantonen einnehmen möchte. Dies bezog sie auch auf die erneuerbaren Energien. Warum das für die Solarenergie nicht gilt, führt Volkwein in seiner Studie auf die kantonale Gesetzgebung zurück. Das Regelwerk würde den Zubau von Solarenergie aktiv behindern.

Volkwein kommt zum Schluss, dass ein wesentlicher Konstruktionsfehler im Basler Solarstromsystem zwischen 2000 und 2008 liege. So sei der Zubau von stromerzeugenden Solaranlagen auf 300 Kilowatt pro Jahr begrenzt worden. Zudem lieferten die IWB diesen Strom nur an Kunden, die bereit waren, einen Aufpreis zu zahlen. Beides habe einen effizienten Zubau verhindert.

Volkwein macht auf ein weiteres Problem aufmerksam. Ab 2009 war die Warteliste für die KEV-Gelder des Bundes lang und es war unklar, wann Hauseigentümer mit neuen Solaranlagen die beantragten Einspeisegebühren erhalten werden. Daher beschloss der Grosse Rat im damals geänderten Energiegesetz, dass die IWB so lange eine kantonale Einspeisevergütung bezahlen, bis der Bund mit der KEV einspringt. Allerdings sei gemäss Volkwein durch die neue Regelung im Energiegesetz und durch die Solarstromverordnung von 2009 die Investitionssicherheit für Fotovoltaik-Panels reduziert worden. Grund: Je länger man auf die KEV des Bundes warten musste, umso stärker konnte sich die Vergütung verringern.

Volkwein kritisiert in seiner Studie auch die IWB-Gesetzgebung. Sie verhindere einen effektiven Zubau. So habe der Regierungsrat in den Leistungsaufträgen zwischen 2011 bis 2018 an die IWB festgelegt, dass sie möglichst die gesamte Wertschöpfungskette von Produktion, Beschaffung, Netzbetrieb bis zum Verkauf abdecken sollten. Zwar würden die IWB den Kunden Strom aus erneuerbaren eigenen Quellen liefern, allerdings sei in dieser Strategie für Kleinkraftwerke auf den Dächern kein Platz, so Volkwein.

Stadtstruktur verhindert Zubau

Die Gründe, dass in Basel-Stadt weniger Solarzellen zugebaut wurden als in anderen Kantonen, ortet GLP-Grossrat Aeneas Wanner auch beim Stadtbild- und Denkmalschutz. «Der Anteil an geschützten Gebäuden, wo keine Solarzellen auf die Dächer gebaut werden dürfen, ist aufgrund des historischen Stadtkerns überdurchschnittlich hoch.» Zudem sei bei der Berechnung Leistung pro Kopf Vorsicht geboten. Wanner: «In Basel-Stadt wohnen sehr viel mehr Personen unter einem Dach respektive in einem Mehrfamilienhaus, und damit ist das Verhältnis Dachfläche pro Person kleiner als in Gebieten mit Einfamilienhäusern.»

SP-Energieexperte Rudolf Rechsteiner sieht auch die Gebäudestruktur als Grund für den mässigen Zubau. «Das Ikea-Dach in Pratteln mit Solarzellen zu versehen, ist etwa halb so teuer wie die komplizierte Dachlandschaft in der Stadt», sagt Rechsteiner. Auch ein kleines Dach brauche jeweils ein Gerüst, was Fixkosten verursache. Bei Mehrfamilienhäusern seien die Gerüste höher und teurer. Auf ein Dach wie bei Ikea hingegen könnten die Handwerker mit dem Lift gelangen. Auch seien Höhe und Laufzeit der neuen kantonalen Einspeisevergütungen vom Regierungsrat noch nicht publiziert worden, was manche Investoren verunsichern könnte.

Grünen-Grossrat Thomas Grossenbacher wollte vor Kurzem per Motion eine Verpflichtung zum Bau von Solardächern in Basel-Stadt installieren. Der Grosse Rat wies das Ansinnen jedoch knapp zurück. Für Grossenbacher steht nun die Regierung in der Pflicht, zu analysieren, weshalb von 450 gut bestrahlten Dachanlagen nur 36 Anlagen realisiert worden sind. «Die Rahmenbedingungen in Basel-Stadt sind offenbar noch ungenügend. Man muss sie deshalb unbedingt überprüfen.» Grossenbacher will nun einen Vorstoss lancieren, dass die IWB und das AUE unter anderem die Zahlen bezüglich Zuwachs offenlegen und Transparenz schaffen müssen.

Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser schlägt zurück

Busers Verbandszeitung widmet sich gleich auf drei Seiten den angeblich falschen BaZ-Recherchen zur Familienausgleichskasse

Von Joël Hoffmann

Liestal. Christoph Buser, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland und FDP-Landrat, reagiert auf unliebsame Berichte der BaZ: Drei Seiten in seiner Verbandszeitung *Standpunkt* widmet er unseren angeblichen «Fake News»-Recherchen zu dem ungewöhnlichen Geschäftsgebaren der Wirtschaftskammer und ihrer Familienausgleichskasse (Gefak).

Sein Fazit: «An der Geschichte über einen geplanten Austritt des Kantonsospitals Baselland aus der Wirtschaftskammer und eine Verwendung von Gefak-Geldern für politisches Lobbying und Wahlkampf stimmt rein gar nichts. Um eine krude These zu untermauern, werden in den Artikeln Fakten frei erfunden, Zusammenhänge unrichtig dargestellt und Leuten Aussagen in den Mund gelegt, die sie nie gemacht haben.»

Experte steht weiter zu Aussagen

Ausserdem wird ein Interview mit Wirtschaftskammer-Präsident Andreas Schneider präsentiert, der sich «bestürzt»



«Fake News». Christoph Buser wehrt sich mit falschen Aussagen gegen Recherchen. Foto Florian Bärtschiger

zeigt und behauptet: «Der Angriff auf unsere Gefak basiert auf irgendwelchen Verschwörungstheorien und ist völlig ungerechtfertigt.» Aufgehängt wurden diese harschen Artikel an einem Zitat von Thomas Gächter, Professor der Uni Zürich. Er hat als Experte für die BaZ das Geschäftsgebaren der Gefak analysiert und die Mechanismen erklärt.

Nun wird er in Busers Zeitung mit seiner angeblichen Aussage in der BaZ zitiert, die so jedoch nicht in der *Basler Zeitung* stand. Dazu sagte Gächter: «Diese Aussage habe ich so nicht gemacht und auch nicht autorisiert.» Und auf diesem Satz baut Buser nun seinen dreiseitigen Gegenschlag auf. Ferner wird Kantonsspital-CEO Jürg Aebi zitiert, der betont, dass «zu keinem Zeitpunkt ein Austritt aus der Wirtschaftskammer geplant noch in Erwägung gezogen» worden sei.

Uni-Professor Thomas Gächter hat den kompletten und um einiges schärfer formulierten Rohentwurf gegengelesen und steht zudem nach wie vor hinter seiner Analyse in der BaZ, wie er am Telefon bestätigt. Auch beim Kantonsspital wurden die kompletten Passagen, welche die Prüfung eines Austritts behandelten, schriftlich autorisiert.

Wir berichteten, dass Verbände wie die Wirtschaftskammer Überschüsse bei der verbandseigenen Familienausgleichskasse für ihre Verbandsarbeit verwenden können, wie Gächter erklärte. Im Falle der Wirtschaftskammer sind diese Tätigkeiten unter

anderem politisches Lobbying sowie Wahl- und Abstimmungskampf. Dafür ist die Wirtschaftskammer in der Region bekannt. So weit wäre dies, gemäss Gächter, nicht ungewöhnlich.

Auffälligkeiten nicht erwähnt

Auf die speziellen Auffälligkeiten hingegen, welche unsere Recherchen offenlegten, ging Christoph Buser auf allen drei Seiten seiner Verbandszeitung mit keiner Silbe ein: So ist etwa die Familienausgleichskasse der Wirtschaftskammer einiges teurer als die der staatlichen Ausgleichskasse. Doch diese höheren administrativen Kosten sind gerade im Baselbiet ungewöhnlich, weil ein Lastenausgleich eigentlich dafür sorgen sollte, dass alle gleich viel kosten.

Zudem: Das Personal der Gefak ist bei einer weiteren Tochterfirma der Wirtschaftskammer angestellt, der VBS Verband Service AG. Diese leiht das Personal an die Gefak aus. Dadurch, so die Vermutung, wird eine Marge auf die Löhne erzielt, welche aus der Gefak in die Wirtschaftskammer abfliessen könnten. Dazu aber schweigt Buser.

ANZEIGE

kunstmuseum basel

BASEL SHORT STORIES

VON ERASMUS BIS IRIS VON ROTEN

10.02. — 21.05.18